



--- Pressemitteilung ---

>>Eilmeldung>>

Er sah seinen Freund ertrinken: Geflüchteter verklagt neue Frontex-Direktorin wegen Griechenland-Einsatzes

Klage stützt sich auf frisches Beweismaterial aus dem OLAF-Report vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung

front-LEX reichte eine Klage gegen Aija Kalnaja, die neue Exekutivdirektorin von Frontex, beim Gerichtshof der Europäischen Union ein. Die juristische Nichtregierungsorganisation argumentiert, dass die EU-Grenz- und Küstenwache ihre gemeinsamen Operationen mit der griechischen Küstenwache in der Ägäis beenden oder suspendieren muss, da es im Zusammenhang mit diesen Operationen zu zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen ist.

Die Klage, die durch eine Crowdfunding-Kampagne finanziert wird, wurde im Namen des kongolesischen Geflüchteten J.K. eingereicht. Er ist einer von 43.000 Kindern, Frauen und Männern, die in Griechenland Asyl beantragen wollten, aber stattdessen entführt, gewaltsam auf 'Todesboote' verfrachtet, kollektiv abgeschoben und in Seenot zurückgelassen wurden. J.K. war Opfer mehrerer solcher Mordversuche, zuletzt am 14. Juli 2022. Bei einem dieser Vorfälle musste er seinem Freund hilflos beim Ertrinken zusehen, während europäische Offiziere lachend zuschauten, ohne etwas zu unternehmen und nicht einmal seine Leiche borgen.

Der Fall stützt sich unter anderem auf den OLAF-Bericht, der nach einer Untersuchung Frontex durch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) eine Kultur von Missmanagement, routinemäßiger Vertuschung schwerwiegender Zwischenfälle und Missachtung derjenigen innerhalb der Agentur und der EU-Kommission aufdeckte, die sich über die Verwicklung Frontex in illegale "Pushbacks" besorgt zeigten. OLAF stellte fest, dass Frontex leitender Beamter "trotz ... der festen Überzeugung, dass eine Verletzung von Grundrechten [sic] [...] keinerlei Folgemaßnahmen im Hinblick auf den Inhalt von Artikel 46 der Frontex-Verordnung ergriff". Die EU-eigene Strafverfolgungsbehörde beschuldigte den Frontex-Chef sogar eines "Mangels an Loyalität gegenüber der Union".

Trotz dieser schwerwiegenden Anschuldigungen mit möglicherweise strafrechtliche Konsequenzen erklärten sowohl Frontex-Direktorin Aija Kalnaja als auch der Grundrechtsbeauftragte Jonas Grimheden, sie hätten sich nicht die Mühe gemacht, den OLAF-Bericht überhaupt zu lesen. Frontex lehnte zudem unsere Aufforderung ab, dem Europäischen Gerichtshof den OLAF-Report auszuhändigen. Der vorliegende Fall enthüllt endlich, was sie zu verbergen hatten.

Auf der Grundlage des OLAF-Berichts und zahlreicher anderer Beweismittel ersucht Front-LEX das Gericht, zu entscheiden, dass Kalnaja es versäumt hat, die Aktivitäten der Agentur in der Ägäis zu suspendieren oder zu beenden, wie es ihre rechtliche Verpflichtung nach Art. 46(4) gewesen wäre. Dieser besagt, dass sie " jegliche Aktivität der Agentur ... suspendieren oder beenden muss, wenn sie der Ansicht ist, dass es im Zusammenhang mit der betreffenden Aktivität zu schwerwiegenden oder voraussichtlich andauernden Verletzungen von Grundrechten oder internationalen Schutzverpflichtungen kommt".



Front-LEXs Rechtsabteilung kommentiert: *"Die Fakten sind eindeutig: Die gemeinsamen Operationen von Frontex und Griechenland resultieren in einer kriminellen Vorgehensweise in der Ägäis. Auch das EU-Recht ist eindeutig: Es gebietet Frontex, sich aus Griechenland zurückzuziehen. Aber wie ihr Vorgänger Leggeri will sich Frontex-Direktorin Kalnaja nicht daran halten, stattdessen möchte sie das Gesetz umschreiben. Kalnaja erklärte offen, sie wolle "Artikel 46 rückgängig machen", und setzte sich damit grotesk über Rechtsstaatlichkeit und die EU-Verträge hinweg. Mit jedem Tag, an dem der EU-Gerichtshof untätig bleibt, werden unzählige Menschen ihrer Grundrechte beraubt und verlieren ihr Leben auf See. Mit jedem Tag, an dem Frau Kalnaja straffrei ausgeht, wird die EU-Rechtsordnung unwiderruflich ausgehöhlt. Es ist höchste Zeit, dass der EU-Gerichtshof den Opfern dieser grausamen Taten Rechtsschutz gewährt. Es ist höchste Zeit, dass der EU-Gerichtshof Vorgehensweisen untersucht, die von der EU-eigenen Strafverfolgungsbehörde als so rechtswidrig eingestuft wurden, dass sie einen Mangel an Loyalität gegenüber der Union widerspiegeln. Es ist höchste Zeit, dass die EU-Justiz ihre Aufgabe erfüllt: Recht zu sprechen."*

AnsprechpartnerInnen

Rechtsabteilung

- Adv. Omer Shatz, omer.shatz@front-lex.eu +3365078480
[Englisch, **Französisch und Spanish**]
- Adv. Iftach Cohen, iftach.cohen@front-lex.eu
[Englisch & **Italianisch**]

Pressekoordination

- Josephine Valeske, josephine.valeske@front-lex.eu, +4917657171501
[Englisch & **Deutsch**]